

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1975

Ausgegeben am 18. März 1975

50. Stück

- 147.** Verordnung: Bestimmung der Wahltag für die Hochschülerschaftswahlen 1975
- 148.** Kundmachung: Geltungsbereich des Zollabkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen)
- 149.** Kundmachung: Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung
- 150.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Schaffung eines Straßenüberganges an der gemeinsamen Staatsgrenze
- 151.** Abkommen Österreich—EWG: Auszüge aus dem Protokoll der 3. Tagung am 11. Juni 1974 des Gemischten Ausschusses
- 152.** Notenwechsel zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Außenhandelsministerium der Arabischen Republik Ägypten gemäß Art. 4 des Abkommens über den Internationalen Handel mit Textilien

### 147. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 18. März 1975 über die Bestimmung der Wahltag für die Hochschülerschaftswahlen 1975

Gemäß § 15 Abs. 9 in Verbindung mit § 25 Abs. 2 des Hochschülerschaftsgesetzes 1973, BGBl. Nr. 309, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 146/1975 werden als Wahltag für die Hochschülerschaftswahlen 1975 der 14. und 15. Mai 1975 bestimmt.

Firnberg

### 148. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 21. Feber 1975 betreffend den Geltungsbereich des Zollabkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen) vom 15. Jänner 1959

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind folgende weitere Staaten dem Zollabkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR (TIR-Abkommen) samt Unterzeichnungsprotokoll (BGBl. Nr. 92/1960 in der Fassung der Kundmachungen BGBl. Nr. 69/1964 und 296/1966, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 304/1971) beigetreten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Afghanistan	11. Oktober 1971
Iran	25. Mai 1971

Staaten:

Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:

Jordanien	8. November 1973
Kanada	26. November 1974
Sowjetunion	20. Feber 1974

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben anlässlich ihres Beitrittes folgende Erklärung abgegeben:

„Gemäß Artikel 43 Absatz 1 des Abkommens erstreckt sich dessen Geltungsbereich auf das Zollgebiet der Vereinigten Staaten (das derzeit die Staaten, den District Columbia und Puerto Rico umfaßt).“

Die Sowjetunion hat anlässlich ihres Beitrittes folgenden Vorbehalt erklärt:

„Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachtet sich durch Artikel 44 Absätze 2 und 3 des Zollabkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR nicht gebunden und erklärt, daß für die Inanspruchnahme der Schiedsgerichtsbarkeit für jeden Streitfall zwischen Vertragsparteien betreffend die Auslegung oder Anwendung des Zollabkommens in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist und daß nur von diesen Parteien einvernehmlich namhaft gemachte Personen als Schiedsrichter fungieren können.“

Griechenland und die Türkei haben ihre anlässlich des Beitrittes erklärten Vorbehalte am 16. August 1971 beziehungsweise am 12. Feber 1974 zurückgezogen.

Kreisky

#### 140. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 21. Feber 1975 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung

Nach den bis 2. Feber 1975 eingelangten Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind folgende weitere Staaten Vertragsstaaten des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung, BGBl. Nr. 377/1972, geworden:

Staaten:	Tag der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde:
Barbados	8. November 1972
Botswana	20. Feber 1974
Deutsche Demokratische Republik	27. März 1973
Elfenbeinküste	4. Jänner 1973
Haiti	19. Dezember 1972
Jemen	18. Oktober 1972
Jordanien	30. Mai 1974
Laos	22. Feber 1974
Mali	16. Juli 1974
Neuseeland	22. November 1972
Obervolta	18. Juli 1974
Tansania	27. Oktober 1972
Togo	1. September 1972
Tonga	16. Feber 1972
Trinidad und Tobago	4. Oktober 1973
Vereinigte Arabische Emirate	20. Juni 1974

Fidschi hat erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an das Übereinkommen gebunden zu betrachten. Hierbei hat Fidschi folgendes erklärt:

Die im Namen von Fidschi von der Regierung des Vereinigten Königreiches formulierten Vorbehalte und Erklärungen werden bestätigt, wurden jedoch in folgender Weise neu gefaßt:

„In dem Maße, als allenfalls ein Wahlen in Fidschi betreffendes Gesetz die in Artikel 5 (c) genannten Verpflichtungen nicht erfüllt, ein Grund und Boden in Fidschi betreffendes Gesetz, das die Veräußerung von Grund und Boden durch die eingeborenen Bewohner untersagt oder beschränkt, die in Artikel 5 (d) (v) genannten Verpflichtungen nicht erfüllt oder das Schulsystem von Fidschi die in den Artikeln 2, 3 oder 5 (e) (v) genannten Verpflichtungen nicht erfüllt, behält sich die Regierung von Fidschi das Recht vor, die vorerwähnten Bestimmungen des Übereinkommens nicht anzuwenden.“

Die Regierung von Fidschi wünscht ihre Auffassungen zu bestimmten Artikeln in dem Übereinkommen darzulegen. Sie legt Artikel 4

dahingehend aus, daß er einer Vertragspartei des Übereinkommens nur insofern vorschreibt, weitere Gesetzesmaßnahmen auf den unter die Unterabsätze (a), (b) und (c) dieses Artikels fallenden Gebieten zu ergreifen, als sie unter gebührender Beachtung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthaltenen Grundsätze und der in Artikel 5 des Übereinkommens ausdrücklich niedergelegten Rechte (insbesondere des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie des Rechtes, sich friedlich zu versammeln und friedliche Vereinigungen zu bilden) der Ansicht ist, daß eine gewisse gesetzliche Ergänzung oder Änderung des geltenden Rechtes und der bestehenden Praxis auf diesen Gebieten zur Erreichung des im ersten Teil des Artikels 4 angegebenen Zweckes notwendig ist. Ferner legt die Regierung von Fidschi das Erfordernis in Artikel 6 bezüglich ‚Entschädigung oder Genugtuung‘ als erfüllt aus, wenn die eine oder die andere dieser Formen der Wiedergutmachung geleistet wird, und legt ‚Genugtuung‘ so aus, daß diese jede Form der Wiedergutmachung umfaßt, die die Einstellung des diskriminierenden Verhaltens bewirkt. Außerdem legt sie Artikel 20 und die anderen einschlägigen Bestimmungen des Teiles III des Übereinkommens so aus, daß sie im Falle der Nichtannahme eines Vorbehaltes bedeuten, daß der Staat, der den Vorbehalt macht, nicht Vertragspartei des Übereinkommens wird.“

Anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde haben nachstehend angeführte Staaten folgende Vorbehalte erklärt beziehungsweise folgende sonstige Erklärungen abgegeben:

#### BARBADOS

„Die Verfassung von Barbados legt die Grundrechte und -freiheiten des Menschen ohne Ansehen von Rassen oder Herkunft fest und gewährleistet diese jedermann in Barbados. Die Verfassung schreibt Gerichtsverfahren vor, die im Falle einer Verletzung eines dieser Rechte durch den Staat oder eine Privatperson einzuhalten sind. Der Beitritt zu dem Übereinkommen bedeutet nicht die Übernahme von über die Grenzen der Verfassung hinausgehenden Verpflichtungen oder die Übernahme von Verpflichtungen zur Einführung gerichtlicher Verfahren, die über die in der Verfassung vorgesehenen hinausgehen.“

Die Regierung von Barbados legt den Artikel 4 des genannten Übereinkommens dahingehend aus, daß eine Vertragspartei des Übereinkommens nur dort gehalten ist, Maßnahmen auf den unter Absatz (a), (b) und (c) fallenden

Gebieten zu treffen, wo angenommen wird, daß die Notwendigkeit für eine solche Gesetzgebung gegeben ist.“

#### DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Die Deutsche Demokratische Republik erachtet sich an Artikel 22 des Übereinkommens, wonach jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen ist, nicht gebunden und erklärt, daß in jedem einzelnen Falle die Zustimmung aller an einer solchen Streitigkeit beteiligten Parteien für die Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.

#### JEMEN

„Die Volksdemokratische Republik Jemen erachtet sich an die Bestimmungen des Artikels 22 des Übereinkommens, wonach jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen ist, nicht gebunden und erklärt, daß in jedem einzelnen Falle die Zustimmung aller an einer solchen Streitigkeit beteiligten Parteien für die Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.“

TONGA hat seinen anlässlich der Unterzeichnung erklärten Vorbehalt sowie die aus dem gleichen Anlaß abgegebene Erklärung aufrechterhalten.

#### URUGUAY

Die Regierung von Uruguay anerkennt die Zuständigkeit des Komitees für die Beseitigung der rassistischen Diskriminierung gemäß Artikel 14 des Übereinkommens.

COSTA RICA hat am 8. Jänner 1974 folgendes erklärt:

Gemäß Artikel 14 des Übereinkommens anerkennt Costa Rica die Zuständigkeit des auf Grund von Artikel 8 des Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung errichteten Komitees für die Beseitigung der rassistischen Diskriminierung zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen von Personen oder Personengruppen, die seiner Hoheitsgewalt unterstehen und die behaupten, Opfer einer Verletzung irgendeines in dem Übereinkommen vorgesehenen Rechtes durch den Staat zu sein.

DÄNEMARK hat seinen ursprünglich erklärten Vorbehalt am 4. Oktober 1972 zurückgezogen.

Kreisky

## 150.

### Abkommen

**zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Schaffung eines Straßenüberganges an der gemeinsamen Staatsgrenze**

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik, vom Wunsche geleitet, den internationalen Personen- und Güterfernverkehr zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln, haben folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

(1) An der gemeinsamen Staatsgrenze wird zwischen Schachendorf und Bucsu bei dem Grenzpunkt C 12/8 ein Straßenübergang geschaffen.

(2) Die Österreichische Bundesregierung baut die B 63 Steinamangerer Straße bis zur gemeinsamen Staatsgrenze aus. Die Regierung der

### Egyezmény

**az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Népköztársaság Kormánya között a közös államhatáron közuti átkelőhely létesítéséről**

Az Osztrák Szövetségi Kormány és a Magyar Népköztársaság Kormánya attól az óhajtól vezetve, hogy a két állam közötti nemzetközi utas- és áruforgalmat továbbfejlesszék, a következőkben állapodtak meg:

#### 1. cikk

(1) A közös államhatáron Schachendorf és Bucsu között a C 12/8 határpontnál közuti átkelőhelyet létesítenek.

(2) Az Osztrák Szövetségi Kormány a B. 63 számú Steinamanger-i utat a közös államhatárig kiépíti. A Magyar Népköztársaság Kormánya

Ungarischen Volksrepublik baut die Straße von Szombathely bis zur gemeinsamen Staatsgrenze aus.

### Artikel 2

Die vertragschließenden Parteien kommen überein, die Ausbauarbeiten so rechtzeitig abzuschließen, daß es möglich ist, den internationalen Personen- und Güterfernverkehr auf dem im Art. 1 Abs. 1 genannten Straßenübergang spätestens bis zum 1. Oktober 1976 aufzunehmen.

### Artikel 3

Die vertragschließenden Parteien werden bis zu dem in Art. 2 genannten Zeitpunkt nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften die zur Grenzabfertigung und -kontrolle erforderlichen weiteren Voraussetzungen schaffen.

### Artikel 4

(1) Dieses Abkommen tritt an jenem Tage in Kraft, an dem die beiden vertragschließenden Parteien einander schriftlich auf dem diplomatischen Wege mitteilen, daß die entsprechenden innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder der vertragschließenden Parteien frühestens zum 1. Oktober 1976 schriftlich auf dem diplomatischen Wege gekündigt werden, wobei das Abkommen am dreißigsten Tag nach Erhalt der Kündigung außer Kraft tritt.

ZU URKUND dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Budapest, am 28. August 1974 in zwei Urschriften, in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Frölichsthal m. p.

Für die Regierung der Ungarischen Volksrepublik:

Dr. Terpitkó András m. p.

az utat Szombathelytől a közös államhatárig kiépíti.

### 2. cikk

A Szerződő Felek megállapodnak abban, hogy a kiépítési munkákat addig az időpontig befejezik, hogy az 1. cikk (1) bekezdésében említett közúti átkelőhelyen a nemzetközi utas- és áruforgalom legkésőbb 1976. október 1. napjáig megindulhasson.

### 3. cikk

A Szerződő Felek belső jogi előírásaiknak megfelelően a 2. cikkben említett időpontig a határkezeléshez és -ellenőrzéshez szükséges további feltételeket biztosítják.

### 4. cikk

(1) Ez az Egyezmény azon a napon lép hatályba, amikor a Szerződő Felek írásban diplomáciai úton tájékoztatják egymást a jóváhagyásra vonatkozó belső jogi előírások teljesítéséről.

(2) Ezt az Egyezményt a Szerződő Felek bármelyike legkorábban 1976. október 1. napján írásban diplomáciai úton felmondhatja, az Egyezmény a felmondás kézhezvételétől számított 30. napon hatályát veszti.

ENNEK HITELEÉÜL a Szerződő Felek meghatalmazottai ezt az Egyezményt aláírták.

KÉSZÜLT Budapesten, az 1974. évi augusztus hó 28. napján, két eredeti példányban, német és magyar nyelven, mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Szövetségi Kormány nevében:

Frölichsthal m. p.

A Magyar Népköztársaság Kormánya nevében:

Dr. Terpitkó András m. p.

Das vorliegende Abkommen ist gemäß seinem Art. 4 Abs. 1 am 10. Dezember 1974 in Kraft getreten.

Kreisky

**151.**

ABKOMMEN ÖSTERREICH—EWG  
— Der Gemischte Ausschuß —

**Auszug aus dem Protokoll der 3. Tagung am  
11. Juni 1974**

„Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Bestimmungen des neuen Absatzes 4 des Artikels 8 des Protokolls Nr. 3 \*) der Anwendung des Artikels 5 Absatz 3 bei den betreffenden Geräten, Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen nicht entgegenstehen.

Außerdem besteht Einvernehmen darüber, daß die Bestimmungen des neuen Absatzes 4 des Artikels 8 des Protokolls Nr. 3 \*) der Anwendung des Absatzes 3 des gleichen Artikels nicht entgegenstehen.“

« Il est entendu que les dispositions du nouveau paragraphe 4 de l'article 8 du Protocole n° 3 \*) ne sauraient porter préjudice à l'application de l'article 5 paragraphe 3 au matériel, à la machine, à l'appareil ou au véhicule considéré.

En outre, il est également entendu que les dispositions du nouveau paragraphe 4 de l'article 8 du Protocole n° 3 \*) ne sauraient porter préjudice à l'application du paragraphe 3 de ce même article. »

“It is understood that the provisions of the new paragraph 4 of Article 8 of Protocol No. 3 \*) will be without prejudice to the application of Article 5 (3) to the piece of equipment, the machine, the apparatus or the vehicle under consideration.

Furthermore, it is also understood that the provisions of the new paragraph 4 of Article 8 of Protocol No. 3 \*) will not be to the prejudice of the application of paragraph 3 of this same Article.”

Im Namen des Gemischten Ausschusses

Der Vorsitzende:

**R. Reiterer**

Die Sekretäre:

**H. Michitsch      A. Slingerland**

\*) Protokoll Nr. 3 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen, BGBl. Nr. 466/1972

ABKOMMEN ÖSTERREICH—EWG  
— Der Gemischte Ausschuß —

**Auszug aus dem Protokoll der 3. Tagung am  
11. Juni 1974**

„Der Gegenwert von in Rechnungseinheiten ausgedrückten Wertgrenzen wird vom Ausfuhrstaat in seiner nationalen Währung festgelegt und den anderen Vertragsparteien mitgeteilt. Die Einfuhrstaaten erkennen diese Beträge an, sofern die Ware in der Währung des Ausfuhrstaates in Rechnung gestellt ist. Wenn die Ware in der Währung eines anderen der in Artikel 2 des Protokolls Nr. 3 \*) bezeichneten Länder in Rechnung gestellt ist, erkennt der Einfuhrstaat den von dem betreffenden Land mitgeteilten Betrag an.“

« Les montants en monnaie nationale correspondant à ceux exprimés en unités de compte, sont fixés par l'Etat d'exportation et notifiés aux autres parties à l'accord. Les Etats importateurs reconnaissent lesdits montants dans la mesure où la marchandise est facturée dans la monnaie de l'Etat exportateur. Si la marchandise est facturée dans la monnaie d'un autre des pays visés à l'article 2 du Protocole n° 3 \*), l'Etat d'importation reconnaît le montant notifié par le pays considéré. »

“The amounts in national currency corresponding to those expressed in units of account shall be fixed by the exporting State and notified to the other parties to the Agreement. The importing States shall recognise the said amounts where the goods are invoiced in the currency of the exporting State. If the goods are invoiced in the currency of another country referred to in Article 2 of Protocol No. 3 \*), the importing State shall recognise the amount notified by the country in question.”

Im Namen des Gemischten Ausschusses

Der Vorsitzende:

**R. Reiterer**

Die Sekretäre:

**H. Michitsch      A. Slingerland**

\*) Protokoll Nr. 3 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen, BGBl. Nr. 466/1972

ABKOMMEN ÖSTERREICH—EWG  
— Der Gemischte Ausschuß —

**Auszug aus dem Protokoll der 3. Tagung am  
11. Juni 1974**

„Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Anmerkung 8 zu Artikel 10 des Protokolls Nr. 3 \*) lediglich auf den bilateralen Warenverkehr Anwendung findet.“

« Il est entendu que la note 8 ad article 10 de l'annexe I du Protocole n° 3 \*) s'applique uniquement dans le trafic bilatéral. »

“It is understood that Note 8 referring to Article 10 of Annex I of Protocol No. 3 \*) applies solely to bilateral traffic.”

Im Namen des Gemischten Ausschusses

Der Vorsitzende:

**R. Reiterer**

Die Sekretäre:

**H. Michitsch**

**A. Slingerland**

\*) Protokoll Nr. 3 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen, BGBl. Nr. 466/1972

Kreisky

**152. Notenwechsel zwischen dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Außenhandelsministerium der Arabischen Republik Ägypten gemäß Art. 4 des Abkommens über den Internationalen Handel mit Textilien \*)**

FEDERAL MINISTRY FOR TRADE,  
COMMERCE AND INDUSTRY  
1011 Vienna

Vienna, 16 January 1975

Sir,

I have the honour to refer to the ARRANGEMENT REGARDING INTERNATIONAL TRADE IN TEXTILES (hereinafter referred to as the ARRANGEMENT) done in Geneva on 20 December 1973.

I also refer to the negotiations which took place in Geneva on 20 December 1974 between a delegation of Austria and a delegation of the Arab Republic of Egypt. As a result of these negotiations the following agreement concerning exports of cotton yarn from the Arab Republic of Egypt to Austria has been reached under Article 4 of the ARRANGEMENT.

1. Export levels in metric tons for twelve-month period beginning

Cotton yarn as indicated in BTN Nos. 55.05 and/or 55.06

Baumwollgarne wie in der Brüsseler Zolltarifnomenklatur (BTN) Nrn. 55.05 und 55.06 angegeben

2. The export levels may be exceeded in the case of shortfalls by a carryover of not more than ten per cent, and by a carry forward of not more than five per cent. The carryover shall not exceed the amount of shortfall.

(Übersetzung)

BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL,  
GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 16. Jänner 1975

Sehr geehrter Herr Sektionschef!

Ich beehre mich, auf das ABKOMMEN ÜBER DEN INTERNATIONALEN HANDEL MIT TEXTILIEN (im folgenden als ABKOMMEN bezeichnet), das in Genf am 20. Dezember 1973 abgeschlossen wurde, Bezug zu nehmen.

Ich nehme auch auf die Verhandlungen Bezug, die zwischen einer Delegation Österreichs und einer Delegation der Arabischen Republik Ägypten am 20. Dezember 1974 in Genf stattgefunden haben. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde folgende Vereinbarung betreffend Ausfuhr von Baumwollgarnen aus der Arabischen Republik Ägypten nach Österreich gemäß Artikel 4 des ABKOMMENS getroffen.

1. Ausfuhrkontingente in metrischen Tonnen für den Zwölfmonatszeitraum beginnend

1 Jan. 1975	1 Jan. 1976	1 Jan. 1977
130	140	150

1. Jän. 1975	1. Jän. 1976	1. Jän. 1977
130	140	150

2. Die Ausfuhrkontingente können im Falle der Nichtausnützung durch einen Übertrag von höchstens 10 % und durch einen Vorgriff von höchstens 5 % überschritten werden. Der Übertrag soll den nicht ausgenützten Betrag nicht überschreiten.

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 623/1974

3. Exports of cotton yarns to Austria from the Arab Republic of Egypt for reexportation after processing will not be included in the above mentioned quota and will not be subject to quantitative restrictions.

I should be grateful if you would kindly confirm that this letter sets out correctly the understanding reached between the delegations of the two countries.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

Dr. Josef Meisl m. p.  
Director-General

Mr. H. M. NASSEF  
Director General  
Ministry of Foreign Trade  
Cairo

ARAB REPUBLIC OF EGYPT  
MINISTRY OF FOREIGN TRADE  
OFFICE OF THE MINISTER

Cairo, January 16, 1975

Sir,

I would like to refer to your letter dated January 16, 1975 reading as follows:

“I have the honour to refer to the ARRANGEMENT REGARDING INTERNATIONAL TRADE IN TEXTILES (hereinafter referred to as the ARRANGEMENT) done in Geneva on 20 December 1973.”

“I also refer to the negotiations which took place in Geneva on 20 December 1974 between a delegation of Austria and a delegation of the Arab Republic of Egypt. As a result of these negotiations the following agreement concerning exports of cotton yarn from the Arab Republic of Egypt to Austria has been reached under Article 4 of the ARRANGEMENT.”

“1. Export levels in metric tons for twelve-month period beginning

Cotton yarn as indicated in BTN Nos. 55.05 and/or 55.06

Baumwollgarne wie in der Brüsseler Zolltarifnomenklatur (BTN) Nrn. 55.05 und 55.06 angegeben

3. Die von der Arabischen Republik Ägypten nach Österreich zum Zwecke des aktiven Veredelungsverkehrs ausgeführten Baumwollgarne werden auf die oben erwähnten Kontingente nicht angerechnet und unterliegen keinen mengenmäßigen Beschränkungen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie freundlicherweise bestätigen würden, daß dieser Brief die zwischen den Delegationen beider Länder erzielte Übereinkunft richtig wiedergibt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Sektionschef, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Josef Meisl m. p.  
Sektionschef

Herrn  
H. M. NASSEF  
Sektionschef  
Außenhandelsministerium  
Kairo

(Übersetzung)

ARABISCHE REPUBLIK ÄGYPTEN  
AUSSENHANDELSMINISTERIUM  
BÜRO DES MINISTERS

Kairo, 16. Jänner 1975

Sehr geehrter Herr Sektionschef!

Ich beziehe mich auf Ihren Brief vom 16. Jänner 1975, der wie folgt lautet:

„Ich beehre mich, auf das ABKOMMEN ÜBER DEN INTERNATIONALEN HANDEL MIT TEXTILIEN (im folgenden als ABKOMMEN bezeichnet), das in Genf am 20. Dezember 1973 abgeschlossen wurde, Bezug zu nehmen.“

Ich nehme auch auf die Verhandlungen Bezug, die zwischen einer Delegation Österreichs und einer Delegation der Arabischen Republik Ägypten am 20. Dezember 1974 in Genf stattgefunden haben. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurde folgende Vereinbarung betreffend Ausfuhr von Baumwollgarnen aus der Arabischen Republik Ägypten nach Österreich gemäß Artikel 4 des ABKOMMENS getroffen.

1. Ausfuhrkontingente in metrischen Tonnen für den Zwölfmonatszeitraum beginnend

1 Jan. 1975	1 Jan. 1976	1 Jan. 1977
-------------	-------------	-------------

130	140	150”
-----	-----	------

1. Jän. 1975	1. Jän. 1976	1. Jän. 1977
--------------	--------------	--------------

130	140	150
-----	-----	-----

“2. The export levels may be exceeded in the case of shortfalls by a carryover of not more than ten per cent, and by a carry forward of not more than five per cent. The carryover shall not exceed the amount of shortfall.”

“3. Exports of cotton yarns to Austria from the Arab Republic of Egypt for reexportation after processing will not be included in the above mentioned quota and will not be subject to quantitative restrictions.”

I have the honour to confirm that the above sets out correctly the understanding reached between the delegations of the two countries.

Accept, Sir, the assurances of my highest consideration.

H. M. Nassef m. p.  
Director-General

Dr. Josef MEISL  
Director General  
Federal Ministry for Trade,  
Commerce and Industry  
Vienna

2. Die Ausfuhrkontingente können im Falle der Nichtausnützung durch einen Übertrag von höchstens 10 % und durch einen Vorgriff von höchstens 5 % überschritten werden. Der Übertrag soll den nicht ausgenützten Betrag nicht überschreiten.

3. Die von der Arabischen Republik Ägypten nach Österreich zum Zwecke des aktiven Veredelungsverkehrs ausgeführten Baumwollgarne werden auf die oben erwähnten Kontingente nicht angerechnet und unterliegen keinen mengenmäßigen Beschränkungen.“

Ich beehre mich zu bestätigen, daß obiger Text die zwischen den Delegationen der beiden Länder erzielte Übereinkunft richtig wiedergibt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Sektionschef, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

H. M. Nassef m. p.  
Sektionschef

Herrn  
Dr. Josef MEISL  
Sektionschef  
Bundesministerium für Handel,  
Gewerbe und Industrie  
Wien

Kreisky